



Zukunft jetzt!

BERUFSBILDUNG FÜR ALLE

Beiträge von Kampagnenpartnern zum Auftakt (erschieden als SGB-Newsletter, 4.7.2006)

Editorial: „Lehrstellenkonferenzen von unten“ sollen für mehr Druck sorgen

Von Ewald Ackermann, Redaktor SGB-Newsletter

Der vorliegende Newsletter widmet sich allein dem Thema Lehrstellenkrise. Erstmals treten der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), KV Schweiz, der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), Unia und die Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (sajv) gemeinsam auf und fordern in den hier versammelten Beiträgen Politik und Wirtschaft zu handeln auf. Gemeinsam verweisen diese Verbände auf die Tiefendimension einer zumindest bis jetzt vom Bundesrat krass unterschätzten Krise.

Zum Inhalt dieses Newsletters

Der SGB verlangt Sofortmassnahmen (auch an die Adresse der neu zuständigen Bundesrätin Leuthard), die rasch zu insgesamt 10'000 neuen Lernangeboten führen sollen. kv schweiz fordert einerseits die kleinen und mittleren Betriebe, andererseits die zunehmend sich beruflicher Ausbildung verweigernden Banken auf, wieder mehr Lehrverhältnisse zu schaffen. LCH verlangt gezielte Unterstützung für Jugendliche mit schwachen Schulleistungen und bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrenden. Unia stellt konkrete Projekte vor; die sajv fordert, die Jugendlichen an der Suche nach Lösungen zu beteiligen.

skja startet Kampagne „Zukunft jetzt!“

Die genannten und weitere Organisationen bilden auch das Schweizerische Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit (skja). Das skja gibt in diesen Tagen den Startschuss zur nationalen Kampagne „Zukunft jetzt!“ Deren Ziel ist es, die Jugendarbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen, d.h.: die Arbeitgeber zur Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen zu bewegen.

Den Höhepunkt der Kampagne bilden „Lehrstellenkonferenzen von unten“, die in mindestens 10 verschiedenen Schweizer Städten am 27. und 28. Oktober 2006 stattfinden sollen. An diesen Konferenzen sollen die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Jugendlichen und die ihnen Nahestehenden selbst teilnehmen. Dies im Unterschied zu den „normalen“ entsprechenden Konferenzen, an denen die Lehrstellenkrise nur allzu oft schön geredet wird. Diese Manifestationen der Betroffenen sollen den öffentlichen Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, endlich mehr Lehrstellen zu schaffen, gleichzeitig auch auf die nationale Lehrstellenkonferenz des Bundesrates vom 13. November in Genf einwirken.

4.7.2006

Es braucht Sofortmassnahmen für die Schulabgänger/innen 2006 – Frau Leuthard ist gefordert

10'000 neue Berufsbildungsangebote verlangt

Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit

Seit vier Jahren nimmt die Jugendarbeitslosigkeit wieder zu. Die Zahl der Volksschulabgänger/innen wächst Jahr für Jahr. Die Jugendarbeitslosigkeit bei den 16- bis 19jährigen liegt dauernd höher als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit. In einigen Jahren lag sie gar doppelt so hoch. Die Lehrstellenstatistik 2005 (Rückgang der KV-Lehren um 5 Prozent), das Lehrstellenbarometer (trotz Konjunkturaufschwung keine Verbesserung gegenüber 2005) und die Sozialhilfestatistik Sommer 2006 (überdurchschnittliche Sozialhilfeabhängigkeit der 18- bis 25jährigen) müssen Alarm auslösen.

Fehlende Lehrstellen diskriminieren die Migrant/innen, steigern die Selektion und die Lehrabbrüche markant

Der jahrelange Mangel an Lehrstellen provoziert viele negative Auswirkungen, auch für Jugendliche, die eine Lehrstelle erhalten: Die Selektionsinstrumente der Betriebe wurden massiv verschärft – vor allem zu Lasten der Realschüler/innen. In diesem Schultypus halten sich überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund auf. Deshalb werden sie besonders diskriminiert. Bei allen Fördermassnahmen muss deshalb die Wirkung zu Gunsten dieser häufig Ausgeschlossenen besonders berücksichtigt und geprüft werden.

Viele Jugendliche werden in die Brückenangebote bzw. die Warteschlangen gedrängt, ohne dass die hier erworbenen Kompetenzen für den beruflichen Erstabschluss anerkannt werden. Die Berufsbildung verlängert sich damit unnötig.

Eine neue Berner Studie zeigt, dass mittlerweile mehr als ein Fünftel der Lehrverträge vorzeitig aufgelöst werden. In einigen Branchen sind es sogar dreissig und mehr Prozent.

Seit den neunziger Jahren stagnieren die Lehrlingslöhne. Damit verliert sich ein weiterer Vorteil der Berufsbildung gegenüber der Allgemeinbildung.

Mehr Grundbildung statt Nachholbildung

Die rasche Umkehr dieser unhaltbaren Entwicklung für die Jugendlichen ist aber auch aus volkswirtschaftlichen Gegebenheiten angezeigt. Die permanente Produktivitätssteigerung verlangt gesteigerte Kompetenzen der Arbeitnehmenden. Diese müssen sich anspruchsvollere Kompetenzen auch für die komplexeren gesellschaftlichen demokratischen Entscheidungsfindungen aneignen. Wenn heute zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Volksschulabgänger/innen keine oder keine genügende Anschlussbildung erhält, müssen diese in späteren Lebensjahren nachgebildet werden, tritt doch bei einem längerfristigen Aufschwung rasch ein Mangel an genügend qualifizierten Arbeitnehmer/innen auf. Nachqualifizierungen sind aber immer teurer und aufwändiger als Grundbildungen, die mit der Weiterbildung ergänzt werden können.

Neue Bundesrätin und neuer Verfassungsartikel: Berufsbildung fördern

Der neue Bildungsrahmenartikel in der Verfassung schafft zwar kein eigentliches Recht auf einen weiterführenden allgemeinen oder einen Berufsabschluss. Allerdings schafft er die Grundlage, um das Bildungssystem insgesamt und das Berufsbildungssystem im Besonderen zu fördern. Der SGB erwartet deshalb von der neuen Volkswirtschafts- und Berufsbildungs-Bundesrätin, Frau Leuthard, dass sie, gestützt auf den Verfassungsartikel und das Berufsbildungsgesetz, ihr Versprechen, sich besonders für die Jugend engagieren zu wollen, rasch einlöst: *Mit allen Mitteln müssen rasch 10'000 neue Berufsbildungsangebote geschaffen werden.*

Frau Bundesrätin Leuthard kann sich mit der neuen deutschen Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau *Annette Schavan*, absprechen. Frau Schavan ist überzeugt, dass „der Ausbildungspakt in diesem Jahr noch eine ganz neue Dynamik entfalten muss. Um dem Bedarf an beruflicher Bildung zu entsprechen, brauchen wir sowohl neue betriebliche Ausbildungsplätze in Branchen mit wachsender Beschäftigung als auch vollzeitschulische Ausbildungsangebote, die für den Arbeitsmarkt qualifizieren.“

Der SGB fordert

- Sofortmassnahmen für die Schulabgänger/innen des Jahres 2006. Die Bund und Kantone müssen dafür sorgen, dass die rund 10'000 Jugendlichen, die noch auf Lehrstellensuche sind, eine Ausbildungsmöglichkeit erhalten. Gefordert sind in erster Linie diejenigen der grösseren Betriebe, die noch keine Sonderanstrengungen zur Schaffung von mehr Lehrstellen unternommen haben.
- für die Rahmenplanung in der *Botschaft zur Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI 2008 bis 2011)* ein *Plus von 10 Prozent* und wendet sich gegen alle Sparmassnahmen im Bildungsbereich auf der Stufe der Kantone.
- Die Kantone, die mit dem Berufsbildungsgesetz einen höheren Bundesanteil an die Berufsbildungskosten erhalten, müssen *zusätzliche Mittel insbesondere im Bereich der Fördermassnahmen* zur Verfügung stellen. Sie dürfen in den kommenden vier Jahren in keinem Bereich der beruflichen Grund- und Weiterbildung die Investitionen zurückfahren.
- *Die Kantone erhöhen ihre Angebote in bestehenden Lehrwerkstätten und vergleichbaren Lernorten um zehn Prozent, dies sowohl für anspruchsvolle als auch für zweijährige Ausbildungen mit Attest-Abschluss.*

Rückfragen: 071 228 41 11

Mega-Gewinne auch für die Jugend?

KV-Lehrstellen: vom Aufschwung profitieren!

(mf) Die Lehrstellen im kaufmännischen Bereich, aber auch im Detailhandel stellen ideale Ausbildungen für die Entwicklung und Stärkung der Schweizer Dienstleistungsgesellschaft dar. Umso negativer schlagen für Jugendliche ebenso wie für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt die fehlenden Ausbildungsplätze in diesen Bereichen zu Buche. Der KV Schweiz fordert hier eine Trendumkehr: Der jetzige Aufschwung und die Mega-Gewinne gerade im Finanzsektor müssen zu mehr Lehrstellen führen.

Mario Fehr, Präsident KV Schweiz

Die Lehrstellen im kaufmännischen Bereich und im Detailhandel legen den Grundstein für eine dienstleistungsorientierte Integration der jungen Generation in die Schweizer Wirtschaft und die Grundlage für flexible und weiterbildungsfähige Berufswege. Zur Sicherung der Ausbildungsqualität wurden richtigerweise gerade diese Ausbildungen in den vergangenen Jahren reformiert, modernisiert und einer veränderten Berufsrealität angepasst.

Noch wurde der Nutzen dieser Reformen nicht überall erkannt. Zahlreiche Lehrbetriebe haben sich aus der Ausbildungstätigkeit zurückgezogen – nur zwischenzeitlich, wie zu hoffen ist. Die Zahlen machen allerdings auch deutlich, dass dies bei der KV-Lehre schon ab dem Jahr 2000 der Fall war, also direkt nur wenig mit der Neuen Kaufmännischen Grundbildung zu tun haben kann.

Klaffende Lehrstellen-Lücke im Dienstleistungsbereich

Wie schon in früheren Jahren zeigt sich auch im aktuellen Lehrstellenbarometer, dass bei den Dienstleistungslehren Kaufmann/Kauffrau sowie im Detailhandel die grösste Lücke zwischen Angebot und Nachfrage klafft. Diese Beliebtheit kommt nicht von ungefähr. Sie stützt sich auf rationale Nutzenüberlegungen der Jugendlichen. Denn diese Lehren bieten eine hervorragende Grundlage für den Einstieg ins Berufsleben, sie sind ein Sprungbrett für unzählige interessante, gesuchte Dienstleistungswege.

Zentral ist darum die Stärkung des Lehrstellenangebotes gerade in diesen Schlüsselbereichen. Gemäss Lehrstellenbarometer darf zwar ein leicht erhöhtes Lehrstellenangebot auf 2006 erwartet werden, aber das reicht natürlich noch lange nicht. Es braucht jetzt entschiedene Anstrengungen für die Rückgewinnung ehemaliger und die Motivierung neuer Lehrbetriebe.

Neben konkreten Supportleistungen für Lehrbetriebe und der Unterstützung in schwierigen Situationen, wie sie z.B. der KV Schweiz selbst und seine Sektionen anbieten, braucht es auch eine praxisnahe und kohärente Umsetzung der BBT-Anpassungen auf KV-Lehrbeginn 2006. Es gilt jetzt, insbesondere kleinere und mittlere Betriebe wieder ins Boot zu holen – ohne allerdings an der notwendigen und richtigen Ausbildungsqualität Abstriche zu machen. Das wäre extrem kurzfristig und würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zufügen.

Aufschwung und sehr hohe Gewinne müssen mehr Lehrstellen bringen!

Aus Sicht des KV Schweiz ist insbesondere die aktuelle Wirtschaftslage Anlass, eine Trendumkehr zu erwarten. Der endlich einsetzende Aufschwung und nicht zuletzt die bereits realisierten sehr hohen Gewinne der Finanzinstitute müssen zu einer Trendwende führen. Von 1997 bis 2004 haben die Banken in der Schweiz von fast 4'500 auf gerade noch knapp 3'800 KV-Lehrstellen massiv abgebaut.

Gerade Grossbetriebe haben die Chance, für die Ausbildung der Jugend mehr zu tun, als betriebswirtschaftlich und für den eigenen Berufsnachwuchs unmittelbar nötig ist. Das gehört mit zu ihrer Gesamtverantwortung. Sie dürfen sich hier ans Vorbild der öffentlichen Hand halten: Bund, Kantone und Gemeinden haben im gleichen Zeitraum zahlreiche neue Lehrstellen geschaffen; diese sind von rund 3'000 im Jahr 1997 auf über 4'800 im Jahr 2004 gestiegen.

Statt einer schleichenden Verabschiedung aus der Verantwortung erwartet der KV Schweiz gerade von den Banken wieder mehr Engagement für die Ausbildung der Jugend und die Förderung des beruflichen (nicht nur branchenspezifischen) Nachwuchses.

Wenn ihr Bekenntnis zum Standort Schweiz mehr als nur ein Lippenbekenntnis sein soll, dann haben Banken und übrige Finanzdienstleister hier sogar die Pflicht, auch den Tatbeweis für die Erhaltung und Förderung der wesentlichen Grundlagen des Erfolges der Schweiz zu leisten: gut ausgebildete Arbeitskräfte und Fachleute als Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit, Chancen und Perspektiven für alle als Grundlage für den sozialen Frieden.

Rückfragen

Mario Fehr, Präsident
Tel. 079 734 54 39
Ralf Margreiter, Leiter Ressort Jugend
Tel. 078 889 58 00

Datum

4. Juli 2006

Medienmitteilungen

www.kvschweiz.ch/medieninfo

Unia setzt sich für die Schaffung von Lehr- und Ausbildungsstellen ein und unterstützt die jungen Arbeitslosen, insbesondere die jungen MigrantInnen – Konkrete Beispiele.

Mit ihren 42'000 jungen Mitgliedern gehört Unia zu den grössten Schweizer Jugendverbänden. Sie hat sich 2006 den Kampf für anständige Jobs und gute Berufs- und Weiterbildungen für die Jugendlichen zum Schwerpunkt gesetzt.

2006 hat Unia mehrere konkrete Projekte gestartet, um die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu fördern und Jugendliche beim Einstieg in die Arbeitswelt zu unterstützen. Diese Projekte nehmen auf die besondere Situation der jungen MigrantInnen Rücksicht: Diese haben mehr Mühe, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, weil sie häufig das Berufsbildungssystem nicht gut genug kennen, zuwenig Netzwerke haben oder Opfer von Diskriminierungen sind. Leider finden nur 50% der Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund eine Lehrstelle, während mehr als 80% der jungen SchweizerInnen einen Ausbildungsplatz finden.

Die wichtigsten Unia-Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit:

1. Mentoring für junge lehr- und Stellensuchende MigrantInnen.

In zwei Pilotregionen, Genf und Zürich, werden ab nächstem Schulbeginn pensionierte Unia-Mitglieder junge MigrantInnen während 8 Monaten betreuen, um ihnen bei der Stellen- oder Ausbildungsplatzsuche zu helfen. Die Jungen sollen von den beruflichen und Vereinsnetzwerken, vom Know-how über Berufsbildungssystem, Arbeitswelt und Berufen ihrer älteren MentorInnen profitieren. Diese können ihre jungen Mentees dank ihrer reichen Erfahrung bei der Berufswahl beraten, nach der Wahl motivieren und beim Bewerbungsverfahren unterstützen. Unia zählt zahlreiche aktive RentnerInnen unter ihren Mitgliedern, welche eine breite Palette von Branchen und Berufe kennen und diese den Jugendlichen vermitteln können.

Dieses Projekt verbindet die Generationen und die Kulturen. Die Jugendlichen profitieren vom Know-how und Netzwerken der Älteren. Für die aktiven RentnerInnen stellt dieses Projekt eine neue und spannende Herausforderung dar. Wenn dieses Projekt erfolgreich wird, wird es auf weitere Regionen ausgedehnt.

2. Integrationspreis – Einstieg der Jugendlichen in die Arbeitswelt

In den 80-er Jahren bildete jedes dritte Unternehmen Lehrlinge aus. Jetzt bietet gemäss Bundesamt für Statistik weniger als ein Fünftel Ausbildungsplätze an. Unia möchte den besten ausbildenden Betrieb der Schweiz mit einem Integrationspreis küren. Damit will sie den ausbildenden Betrieben für ihre Ausbildungsbemühungen danken und die anderen mit positiven Beispielen zur Ausbildung motivieren. Der symbolische Preis hat auch einen exemplarischen Charakter: Er bietet konkrete Beispiele von guten Integrationspraktiken, welche andere Betriebe nachahmen können.

Jede der 14 administrativen Unia-Regionen wird bis zum 15. September 2006 mindestens einen Betrieb für den Integrationspreis nominieren, welcher sich durch eine ausserordentliche Integrationspraxis für Jugendliche, insbesondere mit Migrationshintergrund, auszeichnet. Auch Jugendverbände können solche Betriebe nominieren. Selbstnomination ist ebenfalls möglich; einige Betriebe haben sich bereits gemeldet. Danach wird eine Jury drei Betriebe auswählen, welche in den Unia-Medien vorgestellt werden, damit andere ihr Integrationsprojekt nachahmen können. Die Öffentlichkeit wird dann mit einer SMS-, E-Mail-

und Postkartenwahl den besten aus den drei Betrieben wählen, welcher mit einem von einem/r SchülerIn der Schule für Gestaltung Bern geschaffenen Kunstwerk belohnt wird.

3. Berufsbildungsfonds in den Branchen und Kantonen

Unia setzt sich auch für Berufsbildungsfonds in den Kantonen und Branchen ein. Diese Fonds fördern die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe mit einem finanziellen Anreiz: Alle Betriebe der Branche oder des Kantons zahlen Beiträge an den Fonds. Diese Gelder werden an die ausbildenden Betriebe z. B. als direkte Subvention, oder Mitfinanzierung überbetrieblicher Kurse oder der Lehrmeisterausbildung zurückerstattet. Solche Fonds wurden bereits mit Erfolg in den Kantonen Genf, Neuenburg und Wallis (seit Sommer 2005) und in der Carrosserie-Branche eingeführt. Unia wird Vorstösse einreichen und Vorschläge machen, damit mehr (insbesondere Deutschschweizer) Kantone und Firmen und Branchen via GAVs solche Berufsbildungsfonds errichten. Unia wird auch bereits existierende Projekte wie im Kanton Basel-Stadt unterstützen.

Für weitere Auskünfte:

Jean Christophe Schwaab, Zentralsekretär Unia-Jugend, 078 - 690 35 09

Jugendliche ernst nehmen – Jugendliche einbeziehen

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) vereinigt als Dachorganisation über 80 Jugendorganisationen, die ihrerseits mehr als eine halbe Million Jugendliche repräsentieren, von Austauschorganisationen zu klassischen Jugendverbänden oder politischen Jugendorganisationen.

Die SAJV vertritt die Anliegen ihrer Mitgliederorganisationen und die der Jungen Generation. In diesem Sinne setzt sich die SAJV dafür ein, dass allen Jugendlichen unabhängig von Bildungsabschluss, Geschlecht und kulturellem Hintergrund eine reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt geboten wird. Ausserdem setzt sich die SAJV dafür ein, dass die Arbeit der Jugendverbände und -organisationen und ihr Wert für Gesellschaft und Wirtschaft endlich auch politisch gebührend anerkannt werden. Durch die Freiwilligenarbeit in Jugendorganisationen erwerben Jugendliche Kompetenzen, die auch im Erwerbsleben von grosser Bedeutung sind. Dazu gehören zum Beispiel soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit oder Selbständigkeit.

Die SAJV verfolgt mit zunehmendem Unbehagen die kritische Lehrstellensituation und die schwierige Situation für junge Erwerbstätige auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem eine Verbesserung der Lehrstellensituation ist trotz Bemühungen von Politik und Wirtschaft nicht absehbar. Die rund 1'000 zusätzlichen Lehrstellen, die für das Jahr 2006 geschaffen wurden, können angesichts der hohen Zahl von Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, nur als Tropfen auf den heissen Stein gewertet werden.

Für die SAJV ist klar, dass angesichts des geringen Erfolgs der bisherigen Bemühungen von Wirtschaft und Politik weitere Massnahmen notwendig sind. Die Schweiz spielt mit ihrer Zukunft, wenn sie sich nicht ernsthaft darum bemüht, die Situation zu entschärfen. Deshalb braucht es

- eine Politik, welche den Wert der Jugendverbände und -organisationen für Gesellschaft und Wirtschaft anerkannt
- eine Politik, welche die Junge Generation ernst nimmt und sie aktiv in die Suche nach Lösungen einbezieht
- eine Politik, welche Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Lehrstellenmarkt bekämpft
- eine Politik, welche die besonders kritische Situation von jungen Frauen auf dem Lehrstellenmarkt berücksichtigt
- eine Politik, die tatsächlich mehr Lehrstellen schafft

Die SAJV setzt sich insbesondere dafür ein, dass Lösungsmöglichkeiten zusammen mit der Jungen Generation erarbeitet werden. Eine Lehrstellenkonferenz, wie sie im Herbst 2005 durchgeführt wurde, ist unseres Erachtens zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch kann sie ohne die Perspektive der Jugendlichen zu berücksichtigen, unseren Ansprüchen nicht gerecht werden.

Für den Vorstand der SAJV:

Sibylle Lustenberger
sibylle.lustenberger@sajv.ch
Tel. 078 / 863 72 25